



J. H. DARCHINGER

**Daimler-Benz-Chef Reuter:** „In Zukunft leben wir in der Berliner Republik, ob das nun allen gefällt oder nicht“

*SPIEGEL-Gespräch*

# „Ich bin ansprechbar“

Edzard Reuter über seine Visionen von Berlin und seine Erwartungen an Politiker

**SPIEGEL:** Herr Reuter, einflußreiche Wirtschaftsleute und Politiker in Berlin wünschen sich einen Bürgermeister Edzard Reuter. Treten Sie an?

**Reuter:** Ich habe sehr verantwortungsvolle Aufgaben in der Wirtschaft und will sie auch weiterhin wahrnehmen. Um so weniger gehöre ich zu denen, die mit hängender Zunge einer politischen Aufgabe nachlaufen. Zunächst muß geklärt sein: Wie sicher ist die politische Basis, auf der man arbeiten kann? Eine wie auch immer geartete Regierungsverantwortung setzt ein eindeutiges Votum der Parteien voraus.

**SPIEGEL:** Der Wunsch der eigenen Partei reicht Ihnen nicht aus?

**Reuter:** Für mich ist die Frage entscheidend, welche Parteien welche Sachausagen mittragen können. Es muß eine politische Konstellation gegeben sein, die eine Lösung komplizierter Aufgaben ermöglicht. Ich würde zum Beispiel nie einer Regierung vorstehen wollen, die solche unsinnigen Diskussionen über Geschwindigkeitsbeschränkungen gegen Ozonbelastung führt, wie wir sie im Augenblick erleben.

**SPIEGEL:** Einen SPD-Spitzenkandidaten Reuter in Berlin wird es also nicht geben?

**Reuter:** Ich stehe mit Sicherheit nicht für einen Wahlkampf zur Verfügung. Ich bin ansprechbar, wenn eine Regierung gebildet wird.

**SPIEGEL:** Wie sollen wir uns das vorstellen? Die Parteiendemokratie verlangt nun einmal die Kandidatur, den Kampf um ein Amt, und, wenn alles gutgeht, den Sieg eines Bewerbers.

**Reuter:** Ich weiß nicht, ob ich es Ihnen noch einfacher sagen kann: Ich bin an-

sprechbar für eine konkrete Aufgabe in Regierungsverantwortung. Ich stehe nicht bereit für abstrakte Planspiele.

**SPIEGEL:** Viele Berliner haben den Eindruck, daß der derzeitige Senat mit dem Management des anstehenden Regierungsumzugs überfordert ist.

**Reuter:** Es wäre töricht, das zu leugnen. Die Qualifikation der Führungsschicht in Berlin entspricht der Situation der Stadt vor dem Mauerfall. Zur Zeit der Abschottung Berlins mußte sich das politische Personal auf die besondere Insellage einstellen. Zur Bewältigung der

## Edzard Reuter

zählt als Vorstandsvorsitzender des Daimler-Benz-Konzerns zu den mächtigsten Managern des Landes. Spätestens im Mai kommenden Jahres wird der Sozialdemokrat sein Amt an den Chef der Daimler-Luftfahrt-Tochter Dasa, Jürgen Schrempf, abgeben. Politiker und Wirtschaftsleute aus Berlin haben bereits angefragt, ob Reuter, 66, nicht als Bürgermeisterkandidat bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Herbst 1995 antreten wolle, um den

Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) abzulösen. Die Berliner Sozialdemokraten streiten, ob es dem Sohn des legendären SPD-Bürgermeisters Ernst Reuter gelingen könnte, die Partei aus dem 30-Prozent-Ghetto zu führen. An der Basis erhoffen sich viele von ihm einen deutlichen Aufschwung. SPD-Fraktionschef Ditmar Staffelt hingegen, der gern selber als Spitzenkandidat antreten würde, sieht in der Personaldebatte vor allem eine „Phantomdiskussion“. Reuter selbst schwieg dazu bislang.

Das Gespräch führten die SPIEGEL-Redakteure Wolfgang Bayer und Jan Fleischhauer.

neuen Probleme, vor denen wir nun nach der Wiedervereinigung stehen, muß sicherlich auch eine neue personelle Konzeption gefunden werden.

**SPIEGEL:** Wenn Sie Regierender Bürgermeister wären, müßten Sie klare Entscheidungen auch im Detail fällen. Zu fünf Fragen hätten wir gern eine knappe Antwort: Soll jedermann durchs Brandenburger Tor fahren dürfen?

**Reuter:** Auf jeden Fall.

**SPIEGEL:** Braucht das künftige Regierungsviertel einen Verkehrstunnel unter dem Tiergarten?

**Reuter:** Eindeutig ja.

**SPIEGEL:** Gehört der Palast der Republik abgerissen?

**Reuter:** Keineswegs.

**SPIEGEL:** Müssen Stadtbezirke zusammengelegt werden?

**Reuter:** Unbedingt.

**SPIEGEL:** Soll in der Berliner Innenstadt ein Fahrverbot für Autos ohne Kat gelten?

**Reuter:** Das ist notwendig.

**SPIEGEL:** Sie haben Berlin eine „Pionierrolle für ganz Deutschland“ bescheinigt. Worin besteht die?

**Reuter:** Unser Land muß zu einem neuen Selbstverständnis finden. Bislang waren wir in der komfortablen Lage, daß wir uns Kleinkariertheit in vielerlei Hinsicht leisten konnten. Wir haben über Jahrzehnte hinweg den Aufbau immer größerer Bürokratien gefördert, deren Hauptzweck es ist, Entwicklungen zu blockieren, statt sie zu voranzutreiben. Berlin muß zeigen, daß es auch anders geht. Wir müssen eine neue Auffassung davon entwickeln, was schlanke Bürokratie wirklich heißt, wie sich der überregulierte Staat öffnen läßt, was bürgernahe Verwaltung in der Praxis bedeutet.

**SPIEGEL:** Und das soll in Bonn nicht möglich sein?

**Reuter:** Die Atmosphäre einer Metropole ermöglicht natürlich eine ganz andere Diskussionskultur als eine beschauliche Kleinstadt wie Bonn, die ja deutlich neobiedermeierliche Züge trägt. Die Wiedervereinigung bedeutet unwiderruflich das Ende der Bonner Republik, der Umzugsbeschluß war die notwendige Folge dieses historischen Einschnitts. In Zukunft leben wir in der Berliner Republik, ob das nun allen gefällt oder nicht.

**SPIEGEL:** Sie haben gesagt, Berlin sei nicht Posemuckel. Ist denn Bonn Posemuckel?

**Reuter:** Posemuckel ist überall, Posemuckel darf nur nicht in Berlin sein.

**SPIEGEL:** Bislang ist die Kohl-Regierung auf dem Weg nach Berlin nicht weit vorangekommen. Derzeit gilt das Jahr 2000 als Datum für dem Umzug.

**Reuter:** Ich finde es schon beschämend, daß eine nationale Verpflichtung wie der Umzug bei uns so wenig anerkannt wird. Mich ärgert, wie sehr diese Aufgabe unter einem Wust von Eigensucht, Beharrungsvermögen und Bürokratismus ver-



Berliner Koalitionspartner Staffelt, Diepgen

## „Die Qualifikation der Führungsschicht in Berlin entspricht der Situation der Stadt vor dem Mauerfall“

schwindet. Es sind die Kleingläubigen, die Beamten, auch einige Politiker, die nach Kräften bremsen.

**SPiegel:** Wichtige Investoren haben bereits das Interesse an Berlin verloren. Der ehemalige Regierende Bürgermeister Hans-Jochen Vogel sieht eine „Spirale nach unten“.

**Reuter:** Der Vertrauensverlust ist groß. Nach der Bundestagswahl ist deshalb eine neue Initiative der Regierung erforderlich. Ich erwarte konkrete Schritte, wie sie etwa der Bundespräsident mit seinem Umzug von der Villa Hammerschmidt ins Schloß Bellevue gesetzt hat.

**SPiegel:** Kann nicht auch der Berliner Senat einiges tun, damit es zügiger vorangeht?

**Reuter:** Der Berliner Senat sollte sich rechtzeitig darauf vorbereiten, eigene Vorschläge auf den Tisch zu legen, und nicht immer darauf warten, daß andere etwas erfinden. Wenn ich ihm zu etwas raten kann: Er muß eigeninitiativ und streitbereit sein.

**SPiegel:** Herr Reuter, Sie sprechen immer von der politischen Verantwortung der Unternehmer. Beim Engagement für die Einheit halten sich aber Ihre Kollegen merklich zurück. Der ehemalige VW-Vorstandschef Carl Hahn hat kurz nach der Vereinigung eine Springflut patriotischer Investitionen in Aussicht gestellt. Wo ist die eigentlich geblieben?

**Reuter:** Mir ist unbekannt, daß Herr Hahn für die ganze deutsche Wirtschaft sprechen konnte. Er hat vielleicht Volkswagen gemeint, und dies Unternehmen hat ja durchaus vorbildhaft in Ostdeutschland investiert. Der Konjunkturerinbruch hat manche Investitionsvorhaben gar nicht mehr zugelassen. Bei aller politischen Verantwortung sind wir Betriebswirte und müssen unseren Aktionären Gewinn erwirtschaften. Wir können nicht aus patriotischen Gründen Investitionsruinen in die Landschaft stellen.

**SPiegel:** Das verlangt auch keiner. Aber waren Sie nicht selber manchmal über das mangelnde Engagement Ihrer Kollegen enttäuscht?

**Reuter:** Es gibt eine Neigung im Management, mich eingeschlossen, in den eingefahrenen Gleisen zu bleiben. Statt in Ostdeutschland etwas aufzubauen, wurde wie bislang in Westdeutschland oder an anderer Stelle in Europa investiert. Das ist tatsächlich in vielen Fällen nicht sehr gut gelaufen.

**SPiegel:** Auch mit personeller Unterstützung hält sich die Wirtschaft merklich zurück. Die FDP wollte BDI-Chef Tyll Necker für ein Ministeramt verpflichten – der hat abgelehnt. Die SPD hat dem ehemaligen Bundesbankpräsidenten Karl Otto Pöhl einen Posten im Schattenkabinett angeboten – vergeblich.

**Reuter:** Es mag eine wunderbare Geschichte sein, für Wahlkämpfe Namen aus der Wirtschaft zu mobilisieren und auf die Plakate draufzuhauen. Nach dem Motto: Kuck mal, die sind auch für uns. Aber es ist eine ganz andere Frage, ob ich bei einer Regierungsbildung unabhängige Persönlichkeiten ins Kabinett hole, die diese unangenehme Eigenschaft haben, wegen ihrer Unabhängigkeit jeden Tag zurücktreten zu können.

**SPiegel:** Mit Kritik an der mangelnden ökonomischen Kompetenz der Regierung sind Sie und ihre Kollegen immer schnell bei der Hand, die Mühsal des politischen Alltagsgeschäft mag aber offensichtlich keiner auf sich nehmen.

Helmut Kohl spricht denn auch gelegentlich etwas verächtlich von „den Herren in der Wirtschaft“.

**Reuter:** Ja, das ist so einer seiner Lieblingspöbe. Ob es der beste ist, wage ich zu bezweifeln.

**SPiegel:** Vielleicht ist das Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft auch deshalb so gespannt, weil die Anforderungen an die jeweiligen Spitzenkräfte sehr unterschiedlich sind.

**Reuter:** Bei den meisten Unternehmern gibt es wenig Verständnis für die Mechanismen der Politik. Der Unternehmer muß langfristig denken, er darf sich durch temporäre Rückschläge nicht vom Weg abbringen lassen und muß fähig sein, harte Entscheidungen durchzusetzen, ohne das ständig an die große Glocke zu hängen. Politik hingegen heißt Zwang zur Öffentlichkeit. Der Politiker befindet sich im Grunde jeden Tag im Wahlkampf – an einer unpopulären Vision festzuhalten fällt ihm daher eher schwer.

**SPiegel:** „Freu dich auf den Wechsel, Deutschland“, plakatiert die SPD. Freuen Sie sich mit?

**Reuter:** Wir brauchen einen neuen Ansatz in der deutschen Politik. Deswegen kann und muß man sich freuen, wenn wirklich ein Aufbruch gelingt. Es kommt nicht darauf an, was im Wahlprogramm steht, sondern wie man es den Menschen draußen vermittelt. Es steht für mich außer Frage, daß in den ersten 100 Tagen eine neue Regierung einige sehr unangenehme Dinge präsentieren muß.

**SPiegel:** Woran denken Sie?

**Reuter:** Der Reformstau ist überall sichtbar – bei der Bildungspolitik, bei



Sanierungsbedürftiges Stahlwerk in Ostdeutschland

## „Wir können nicht aus patriotischen Gründen Investitionsruinen in die Landschaft stellen“

Ärzte

der Industriepolitik, bei der Arbeitsmarktpolitik. Das ganze Steuersystem muß total reformiert werden.

**SPIEGEL:** Da scheinen die Ansichten im Unternehmerlager aber weit auseinanderzugehen. Oskar Lafontaines Vorschlag einer ökologischen Steuerreform hat gleich lauten Protest bei den Spitzenverbänden der Industrie hervorgerufen.

**Reuter:** Ich halte es für wirklich beklagenswert, daß auf den Vorschlag des einen die anderen gleich „Weltuntergang“ schreien. Ich kann dieses Gejammer nicht verstehen. Es ist doch ganz logisch, daß das Ziel eines verbesserten Umweltschutzes am besten durch ein Steuersystem befördert werden kann, das demjenigen Belastungen im marktwirtschaftlichen Sinne auferlegt werden, der Umwelt beansprucht. Darüber muß man zumindest reden können.

**SPIEGEL:** Braucht Deutschland eine konzentrierte Aktion, die ein nationales Programm zur Schaffung von Arbeitsplätzen beschließt?

**Reuter:** Wenn die Bereitschaft zum Konsens im Nachkriegsdeutschland je wirklich vorhanden gewesen ist, dann heute. Wir haben, insbesondere in dem Unternehmen, für das ich arbeite, einen drastischen Arbeitsplatzabbau zustande gebracht, ohne daß es zu einem ernsthaften sozialen Konflikt gekommen wäre. Die Belegschaftsvertreter haben verstanden, daß ohne Rationalisierung der Standort Deutschland endgültig verloren ist. Diesen Konsens muß die Politik unterstützen.

**SPIEGEL:** Das klingt nach einem Plädoyer für die Große Koalition.

**Reuter:** Ich habe damit keinerlei Berührungspunkte. Möglicherweise hat nur eine Große Koalition die Kraft, die harten Aufgaben der nächsten vier Jahre zu bewältigen. Wenn wir die Dinge so weiterlaufen lassen wie bisher, müssen wir uns mit zweistelligen Arbeitslosenzahlen vertraut machen.

**SPIEGEL:** Auch der CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble plädiert für harte Schnitte, allerdings im Zeichen eines neuen Patriotismus, der Gemeinsinn sichern soll. Nach seiner Überzeugung bedarf es einer „Rückbesinnung auf die nationale Identität“, um die Bereitschaft zum Verzicht auf Wohlstandszuwächse zu fördern.

**Reuter:** Ich kann mit dem Begriff einer übergeordneten Identität wenig anfangen. Wenn damit etwas ganz Einmaliges, Unverwechselbares gemeint sein sollte, hielt ich das für schlimmen Kokolores. Ich kann nicht erkennen, daß ein nationales Konzept die Notwendigkeit einer konkreten Politik ersetzt. Wir brauchen vor allem Sachverstand in der Politik. Wir brauchen eine neue qualifizierte politische Elite.

**SPIEGEL:** Herr Reuter, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. □

## Lukrativer Einfall

**Eine Essener Klinik feuerte einen Chefarzt, weil der Mediziner seine Krankenkasse betrogen hat – einmalig in Deutschland.**

**K**unterbunt türmen sich im Dienstzimmer des Essener Chefarztes Peter Schütt, 52, die Bücher. Fachliteratur („Rote Liste“) neben „Latein für Hochstapler“, Tolstois „Krieg und Frieden“ unter Thorwalds „Macht und Geheimnis der frühen Ärzte“.



**Mediziner Schütt, Krankenhaus Rhein/Ruhr:** „Ich bin der Klinik ein paar Millionen wert“

Seit ein paar Wochen hat der vielbeschäftigte Neurologe und Psychiater Dr. med. Schütt, fast 13 Jahre lang Leiter der Neurologischen Abteilung an der Fachklinik Rhein/Ruhr zu Essen-Kettwig, eine Menge Zeit, die Werke auch zu lesen. Er ist arbeitslos.

Vor Monaten erschien in der Rehabilitationsklinik ein Großaufgebot staatlicher Macht: Kriminalbeamte, Buchprüfer und Staatsanwälte. Aus der Visite heraus wurde Chefarzt Schütt zum Gespräch gebeten. Im weißen Kittel, den Reflexhammer in der Tasche, las er den vom Amtsgericht Bochum ausgestellten Durchsuchungsbefehl.

Schütt sei verdächtig, stand da, gemeinsam mit dem Recklinghäuser Chefarzt-Kollegen Professor Nosrat Firusian seine Krankenversicherung um erhebliche

Beträge betrogen zu haben. „Sämtliche Unterlagen“ über „Urlaub, Krankheit, Fortbildung“ Schütts seien zu beschlagnahmen.

Die Beamten nahmen auch den Heilkünstler mit. Fast sieben Wochen lang blieb der Mediziner in Haft. Erst gegen Zahlung einer Kaution in Höhe von einer Million Mark kam er frei.

Doch das Stück geht weiter. Wegen Bruchs des Vertrauensverhältnisses hat die Fachklinik ihrem Chefarzt mehrfach fristlos gekündigt. Mitte dieser Woche soll vor dem Arbeitsgericht Essen der erste Verhandlungstag in Sachen Schütt stattfinden. Die Staatsanwaltschaft Bochum ermittelt nicht nur wegen Betrugs, sie verdächtigt Schütt auch der Steuerhinterziehung.

Für die Obermacher der weißen Zunft ist nach der Herzklappenaffäre das Klima im Land rauher geworden. Früher wurden Abzockereien der Chefs diskret mit saftigen Abfindungen erle-

digt. Das Ansehen der Kliniken vertrug keinen lärmenden Streit. Hauptsache, die Fassade stimmt.

Auch die Justiz hat sich gewendet. Einst mußte schon ein Kapitaldelikt wie Totschlag vorliegen, um einen Chefarzt in U-Haft zu nehmen. Schütt hatte zudem Pech, daß er an die Bochumer Strafverfolger geriet. Deren Wirtschaftsabteilung gilt als besonders hart.

Schütt war Großverdiener, wie viele der rund 10 000 Chefarzte in der Republik. Sein Angestelltensalar lag im Vorjahr bei über 200 000 Mark; doch das eigentliche Geld brachten die Nebeneinkünfte. Für Liquidationen, Gutachten und Beratungen kassierte er über eine Million Mark.

Die Staatsanwaltschaft interessiert sich zudem dafür, was mit den Schecks